

Die tschechoslowakische Wirtschaft im Lichte des XI. Parteikongresses

I. Allgemeine Wirtschaftspolitik

Auf dem XI. Parteitag der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei (abgehalten in Prag vom 18. bis 21. Juni 1958) wurde verkündet, daß der dritte Fünfjahresplan mit dem Jahre 1960 beginnen und — wie es wörtlich heißt — „gänzlich mit den Plänen der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten abgestimmt sein wird“. Aus den Referaten und Diskussionsvoten des Kongresses, die nunmehr alle im Wortlaut vorliegen, läßt sich ersehen, daß die Frage der wirtschaftlichen Reorganisations- und Dezentralisierungsmaßnahmen, die seit dem 1. April 1958 sukzessive in Kraft gesetzt werden, fast völlig mit Schweigen übergangen wurde. Parteisekretär *Antonin Novotný* erklärte lediglich, daß der wichtigste Teil, nämlich die Auflösung der zentralen Hauptverwaltungen in den Wirtschaftsministerien, bereits durchgeführt sei. In der zweiten Hälfte des Jahres, so sagte Novotný weiter, würde mit der „konkreten Anwendung aller angenehmen Änderungen in der Planung, in der Versorgung, im Absatz, im System ökonomischer Ansporne und in der Entlohnung“ begonnen. Gegenwärtig stehe man inmitten bedeutsamer Änderungen in der Volkswirtschaft, deren Ergebnisse definitiv erst in einem gewissen Abstand beurteilt werden könnten.

Diese Zurückhaltung dürfte dadurch bedingt sein, daß über die Durchführung und die Tragweite der Dezentralisierung unter den Wirtschaftsmanagern und den für die Wirtschaft verantwortlichen Parteiinstanzen immer noch eine große Konfusion herrscht. Selbst hohe Parteifunktionäre geben über die Art der zu treffenden Maßnahmen häufig einander widersprechende Erklärungen ab. Maßgebend für diese Zurückhaltung dürfte aber auch sein, daß sich die tschechoslowakischen Kommunisten im gegenwärtigen Zeitpunkt nur dort zu exponieren wünschen, wo die Haltung der sowjetischen Führung einwandfrei feststeht. Die neueste Plenartagung des sowjetischen Zentralkomitees hat aber gezeigt, daß gerade in den Fragen des wirtschaftlichen Systems die Dinge immer noch im Flusse sind.

Den Stand der bisherigen Entwicklung und die Ziele der weiteren Wirtschaftspolitik haben die Staatsmänner *Novotný* (Präsident der Republik) und *Siroky* (Ministerpräsident) u. a. folgendermaßen umrissen: In den letzten zehn Jahren (1948 bis 1957) stieg die Industrieproduktion um 170 vH, die Produktion an Produktionsmitteln stieg um 201 vH und diejenige an Konsumgütern um 136 vH; der Anteil der Produktionsmittel an der gesamten Industrieproduktion stieg von 51 vH in 1948 auf 57 vH in 1957.

Entwicklung der Investitionen in der ČSR (in Mill. Kčs):

	1948	1952	1953	1954	1955	1956	1957
Gesamtinvestitionen (staatliche) ...	8323	19942	19785	19338	19960	22393	24389
davon Bau- und Montageinvestitionen	5780	12988	13474	13661	13240	14470	15316
Maschinen und sonstige Einrichtungen	2501	6756	6221	5659	6655	7841	8977

Quelle; Statistická Zprávy, Nos. 5—8, 1958.

Von den Investitionen der letzten zehn Jahre in der Wirtschaft gingen von 214 Mrd. Kčs (gesamte staatliche Investitionen, einschließlich derjenigen für soziale und kulturelle Zwecke 47 Mrd. Kčs) nicht weniger als 92 Mrd. Kčs in die Industrie; durch die gleichzeitige Vernachlässigung der Landwirtschaft (nur 24 Mrd. Kčs) wurden jedoch die Disproportionen zwischen der industriellen und Agrarproduktion verschärft,

was nicht nur zu Versorgungsschwierigkeiten mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen führte, sondern die Fortentwicklung der gesamten Volkswirtschaft gefährdet. „Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei konzentriert jetzt die Aufmerksamkeit des ganzen Volkes vor allem auf die Steigerung der Maschinenbauindustrie, der Kohlenförderung, der Energieerzeugung“ — sowie jetzt auch — „auf die Agrarproduktion und auf die Verbesserung der Arbeit des Transport- und Bauwesens. Gerade das ist der Hebel zur Beseitigung der bisher noch vorhandenen Disproportionen in der Volkswirtschaft.“ Ein wichtiger Punkt der neuen Politik ist „die Festigung des Sparsamkeitsregimes in der ganzen Wirtschaft, da dies eine notwendige Voraussetzung für die weitere Durchführung der Politik, der Preissenkung und der Verbesserung des Lebensstandards ist“. So lautete die Erklärung des Parteisekretärs Novotný.

//. *Industrie*

Die Industrieproduktion zeigt 1958 ein im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren etwas niedrigeres Wachstumstempo von nur 11 vH (erstes Halbjahr 1958 gegenüber dem ersten Halbjahr 1957). Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate in den letzten zehn Jahren belief sich dagegen auf 12 vH, und für 1958 ist eine Zunahme von nur 8 vH vorgesehen. Diese Verlangsamung in der Industrialisierung dürfte eine Folge der schlechteren Produktivität der industriellen Arbeit sein.

Als besonders hemmend für die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei hat sich die unzureichende *Kohlenförderung* erwiesen. Während nämlich die gesamte Industrieproduktion (einschließlich Kohlenförderung) im Jahre 1957 um 170 vH über der Produktion des Jahres 1948 liegt, weist die gesamte Kohlenförderung lediglich eine Zunahme von 80 vH auf. Was allerdings noch schwerwiegender ist, ist die völlig nachhinkende Zunahme der Steinkohlenförderung, nämlich nur um 38 vH, von 17,7 Mill. t auf 24,2 Mill. t; die Braunkohlenförderung ist dagegen von 1948 auf 1957 immerhin um 116 vH gestiegen, von 23,6 Mill. t auf 51,0 Mill. t. Infolge der ungenügenden Steinkohlenförderung ist die Tschechoslowakei infolgedessen auf Kohlen- und Kokseinfuhr angewiesen. Als einziger Lieferant ist bis jetzt Polen aufgetreten, allerdings seit 1956 in unzureichendem Maße. Von namhaften Kohlen- und Kokslieferungen aus der Sowjetunion ist bis jetzt nichts bekannt.

Der Steinkohlen- und Koksmangel in der Tschechoslowakei hat bereits solche Formen angenommen, daß nicht nur eine ausreichende Hausbrandversorgung ausblieb, sondern auch Stromsperrungen eingelegt werden mußten, der Eisenbahn- und Schiffsverkehr nicht genügend versorgt wurde und selbst Industriebetriebe nicht vollauf mit Kohle beliefert werden konnten. Das Ausbleiben der geplanten Steigerung der Steinkohlenförderung — das ursprüngliche Planziel von 29,3 Mill. t für 1960 wurde auf 36 Mill. t für 1965 heraufgesetzt, gefördert wurden allerdings erst 24,2 Mill. t (im Jahre 1957) — ist nicht zuletzt auf die schlechte Versorgung der Bergleute mit Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln, auf die teure Lebenshaltung und auf die daraus resultierende mangelnde Arbeitsdisziplin zurückzuführen. Als nämlich nach der Währungsreform im Juni 1953 eine Normalisierung und Stabilisierung des Lebens ausblieben und das Vertrauen in die neue Währung sank, sank auch die Leistung in den Kohlengruben. Sehr oft brachen sogar offene Unruhen in den Bergwerken aus, die mit Polizeigewalt unterdrückt wurden; die Ausfälle in der Förderung konnten aber nicht rückgängig gemacht werden. Die Förderung ist vielerorts unter 80 vH des Soll zurückgegangen.

Kohlen- und Eisenerzmangel und das Fehlen an Möglichkeiten, solche vom Ausland einzuführen, sind ausschlaggebend für das Scheitern des wichtigsten schwerindustriellen Projekts, in der Ostslowakei bei Kaschau ein metallurgisches Kombinat „HUKO“ (Kapazität 1 Mill. t Eisen) zu errichten. (Im Bezirk Kaschau befinden sich etwa 70 vH der tschechoslowakischen Eisenerze, die allerdings — wie die importierten aus der Sowjet-

union — nicht sehr metallreich sind.) Die bisher fertiggestellten Gebäude und Anlagen wurden zwar u. a. auch anderen Bestimmungen übergeben, es entstand eine Anzahl anderer Fabriken. Die Fehlplanung bedeutet für die tschechoslowakische Volkswirtschaft aber trotzdem einen der schwersten Verluste. Nach dem neuesten Beschluß — im Rahmen des XL Kongresses der Kommunistischen Partei — solle dieses „HUKO“-Projekt wieder ins Leben gerufen werden, d. h. bis 1965 solle man mit dem Bau beginnen.

Die Industrieproduktion der Tschechoslowakei¹⁾:

	1948	1949	1953	1954	1956	1957	1965 (Plan)
Index: 1937=100	108	124	210	219	266	293	565

Die Industrieproduktion in den wichtigsten Industriezweigen: (Mill. t oder Mrd. kWh)

	1937	1948	1957	1960 (Plan)	1965 (Plan)	
Steinkohle a).....		16,7	17,7	24,2	29,3	35,5
Braunkohle a)		18,0	23,6	51,0	57,8	77,0
Koks		3,5	4,3	7,5	8,6	10,7
Elektrizität		4,1	7,5	17,7	25,3	38,0
Eisenerz		1,8	2,3	2,8	3,6	-
Roheisen		1,7	1,6	3,6	4,8	-
Rohstahl.....		2,3	2,6	5,2	6,5	9,5
Walzstahl		1,6	1,8	3,5	4,4	-

a) Geologische Vorräte sind noch für 200 Jahre vorhanden.

Um dem Anteil des privaten Verbrauchs der Bevölkerung am Volkseinkommen eine Erhöhung zu gewährleisten, bestimmt der Plan für die Jahre 1956—1960 (der zweite Fünfjahresplan), den Umfang der staatlichen Investitionen höchstens auf 137 Mrd. Kčs festzulegen. Die im Zuge des XL Parteitages propagierte Politik „der Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung“ will man in der Tschechoslowakei anscheinend mehr durch Entwicklung des Wohnungs-, Schul- und Kommunalaufbaus realisieren als durch eine direkte Steigerung des Konsums. Auch dürfte das Programm für 1960 zur Steigerung der Produktion an landwirtschaftlichen Maschinen um 78 vH gegenüber 1955 einen erheblichen Teil der Materialreserven und Produktionskapazitäten beanspruchen, so daß für die Produktion an Erzeugnissen des täglichen Bedarfs in diesem Zeitraum nicht sehr große Ausdehnungsmöglichkeiten offenbleiben.

III. Landwirtschaft

Im Bereich der Landwirtschaft zeichnet sich die tschechoslowakische Politik durch Geständnisse großer Unzulänglichkeiten der bisherigen Entwicklung aus, wie zum Beispiel (*Novotný* auf dem Parteikongreß am 18. Juni 1958): „Die tägliche und geduldige Arbeit sowie die anschauliche Überzeugung unserer Bauern wurden nicht selten durch schädliches Administrieren und verschiedene Zwangsmaßnahmen ersetzt.“ Das Bemühen, die Agrarproduktion auszudehnen und die entstandene Disproportion zwischen Industrie und Landwirtschaft zu beseitigen, stand nun im Mittelpunkt der Bemühungen des Parteitages. Im Abschlußbericht über den abgelaufenen XI. Parteikongreß heißt es u. a.:

„Die in der landwirtschaftlichen Produktion erzielten Erfolge reichen nicht zur Deckung der Bedürfnisse unserer Wirtschaft aus. Der Ackerboden wurde nicht völlig bebaut, die Möglichkeiten der Pflanzenerzeugung wurden nicht ausgenutzt, vor allem im Grenzgebiet (Sudetenland) blieben weite Streifen un bebaut. Es verließen mehr Arbeitskräfte die Landwirtschaft als im abgelaufenen Plan vorgesehen war, die Investitionsmittel für die landwirtschaftliche Produktion waren nicht nur unzureichend, sondern

1) Quellen: *Hospodářské Noviny*, No. 24, 1958, *Statistické Zprávy*, No. 5, 1958, und *Rudé Právo*, 19. Juni 1958.

wurden nicht einmal völlig ausgenutzt. Der Mangel an Maschinen und Geräten ist ungemein groß.“ Durch die in mehreren Beschlüssen seit dem Sommer 1953 zuletzt ausgearbeiteten und angenommenen Richtlinien, die allerdings mehrmals revidiert wurden, so auch jetzt, will die tschechoslowakische Regierung nun die Mißstände in der Landwirtschaft beseitigen und in den nächsten acht Jahren (bis 1965) eine beachtliche Steigerung der Produktion an pflanzlichen und tierischen Nahrungsmitteln sowie an agrarischen Rohstoffen für die Industrie erzielen. Die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe soll bis 1965 beendet werden, gerade durch sie soll der Produktionssteigerungsplan verwirklicht werden. Bis zum Sommer 1958 waren bereits 55 vH der Anbaufläche kollektiviert, zusammen mit den Staatsgütern machte der sozialisierte Sektor der Landwirtschaft 72,1 vH der Anbaufläche des Landes aus. Somit dürfte die Tschechoslowakei in der Sozialisierung der Landwirtschaft an zweiter Stelle — hinter Bulgarien mit 99 vH — stehen. Bis zum Jahre 1956 soll die Landwirtschaft 100 000 neue Traktoren (umgerechnet in 15 PS-Einheiten) bekommen.

Nach dem auf dem XL Parteikongreß angenommenen Plan will die tschechoslowakische Regierung in den nächsten acht Jahren die Produktion von Nutzpflanzen und von tierischen Erzeugnissen um 40 vH erhöhen. Berücksichtigt man jedoch, daß während der letzten zehn Jahre, also von 1948 bis 1957, die Produktion an Nutzpflanzen eine Zunahme von lediglich 12 vH erfahren hat, der Rindviehbestand um 26 vH, darunter Kuhbestand um 11 vH, und der Schweinebestand um 109 vH erhöht wurde (infolge Verminderung des Schlachtgewichts und der Milchleistung ist die Produktion an tierischen Nahrungsmitteln allerdings nicht im gleichen Maße gestiegen wie die Stückzahl der Tiere), so erscheint die jetzt vorgesehene Zunahme von 40 vH bei den Pflanzen und bei tierischen Erzeugnissen innerhalb acht Jahren trotz der zunächst geplanten Vergrößerung der Anbaufläche sehr unwahrscheinlich.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der großzügige Plan zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion allein aus Mangel an Arbeitskräften zum Scheitern verurteilt ist. Ursprünglich sollten in den Jahren 1954—1957 etwa 320 000 Personen, vornehmlich Jugendliche, für die Landwirtschaft herangezogen und außerdem 120 000 Werk tätige aus der Industrie und anderen Volkswirtschaftszweigen für die Maschinen-Traktoren-Stationen gewonnen werden. Nachdem sich die Werbung für Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als gänzlich erfolglos erwies und die Regierung selbst nicht genügend neue Kräfte für den viel dringlicheren Bergbau werben konnte, obwohl die materiellen Verlockungen hier viel größer sind, wurde diese undankbare Werbung für die Landwirtschaft — im Rahmen der bekannten Dezentralisierungsmaßnahmen — den lokalen Behörden überlassen. Andererseits aber wurde die Forderung, die zentrale Lenkung der Landwirtschaft zu annullieren und auch die Ablieferungsverpflichtungen aufzuheben, vom ZK der KSC und der Regierung abgelehnt. Die lokalen Behörden dürfen lediglich Kürzungen beim Ablieferungssoll je nach der Situation bis zu 10 vH verfügen. Ihnen obliegt auch die Kontrolle der Maschinen-Traktoren-Stationen, der Baufirmen und die landwirtschaftliche Investitionsplanung.

Die Hektarerzeugnisse in der tschechoslowakischen Landwirtschaft (dz je ha)²):

Kulturen	Ø 1934/38	1948	1957	1965 (Plan)
Weizen	17,1	16,4	20,6	26,0
Roggen	16,0	15,5	18,3	..
Gerste.....	17,0	16,0	20,4	25,0
Hafer.....	16,2	15,0	16,8	..
Kartoffeln	134,8	110,1	139,4	..
Zuckerrüben	285,8	235,8	298,3	312,0

2) Quellen: Hospodářské Noviny, No. 24, 1958, Rudé Právo, 19. Juni 1958, und Wirtschafts-Nachrichten, Nr. 5, 1958.

Der Viehbestand der Tschechoslowakei (1000 Stücke) immer zum 1. Januar

Art	1934/38	1948	1958	1965 (Plan)
Rinder	4296	3275	4091	4841
davon:				
Kühe	2384	1862	2066	—
Schweine	3144	2566	5435	—
Schafe	485	386	889	—

IV. Außenhandel

Die politische Einordnung der Tschechoslowakei an die Seite der Sowjetunion und die Ausrichtung der Industrieproduktion nach dem Bedarf der Sowjetunion und der übrigen osteuropäischen Länder bewirkten auch die systematische Umorientierung des tschechoslowakischen Außenhandels vom Westen nach Osten.

Anteil Osteuropas und Chinas am Außenhandelsumsatz der ČSR (vH)*

1937	1949	1951	1953	1955	1956	1957
17	48	62	78	70	66	68

*) Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, Sowjetunion (1937 einschl. der baltischen Länder) und Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (1937 als 25 vH des Handelsumsatzes mit dem Deutschen Reich).

Quelle: Wirtschafts-Nachrichten, Nr. 9, 1958.

Bei einem Außenhandelsumsatz der Tschechoslowakei mit allen Ländern der westlichen Welt von 6565 Mill. Kčs (1 Kčs etwa 0,60 DM) im Jahre 1957 beläuft sich der Umsatz mit den Ländern der östlichen Welt auf 13 166 Mill. Kčs, davon die Hälfte mit der Sowjetunion. Im Gegensatz zu allen übrigen osteuropäischen Ländern, deren Westhandel hauptsächlich nach Westeuropa gerichtet ist, unterhält die Tschechoslowakei immerhin beachtliche Handelsbeziehungen mit den Überseeländern, vor allem mit den unterentwickelten Ländern Asiens und zum Teil Afrikas. Von dem gesamten Westexport der Tschechoslowakei von 3543 Mill. Kčs im Jahre 1957 gingen 1530 Mill. an die OEEC-Länder, 166 Mill. Kčs an Finnland, 135 Mill. Kčs an Jugoslawien und die restlichen 1847 Mill. Kčs meistens an die unterentwickelten Länder von Übersee. Die letzteren erwiesen sich auch als bedeutende Lieferanten an Rohstoffen, Genußmitteln, Südfrüchten u. a. Im Jahre 1957 bezog die Tschechoslowakei von diesen Ländern immerhin Erzeugnisse für 1372 Mill. Kčs, aus den OEEC-Ländern bezog sie solche für 1554 Mill. Kčs, aus Finnland für 96 Mill. Kčs und aus Jugoslawien für 42 Mill. Kčs.

Der Außenhandel der Tschechoslowakei nach Waren 1957 (1000 Tonnen)

Erzeugnisse	Einfuhr	Erzeugnisse	Ausfuhr
Steinkohle	2251	Steinkohle	734
Erdöl und -produkte	1609	Braunkohle	1540
Eisenerz	4923	Koks	1159
Pyrit	104	Baumwollware	(Mill. m) 126,5
Baumwolle	83	Seidenware	(Mill. m) 8,3
Wolle	21	Lederschuhe	(Mill. Paare) 10,5
Weizen	974	Gummischuhe	(Mill. Paare) 13,2
Fleisch	54	Hopfen	(Taus. c. c.) 53,0
Fische und Konserven	40	Malz	143,0
Reis	81	PKW	(Stücke) 15858
Tabak	13	LKW	(Stücke) 2602
PKW (Stücke)	10549	Traktoren	(Stücke) 14445
Fernsehapparate	(Stücke) 78720	Papier	63
Zellstoff	32	Metallwerkzeuge	(Stücke) 8481

Während im Jahre 1957 die tschechoslowakische Einfuhr um 11,5 vH auf 10 Milliarden Kronen zunahm, erhöhte sich die Ausfuhr nur um 1,7 vH auf 9,8 Milliarden. Bei einer Reihe von Ausfuhrerzeugnissen ergaben sich Rückgänge, insbesondere bei Zucker, Koks, Lastkraftwagen, Wollstoffen und verschiedenen anderen Verbrauchsartikeln. Die Ursache hierfür liegt darin, daß die tschechoslowakischen Verbrauchsgüter qualitativ und geschmacklich vielfach nicht den im Westen gestellten Ansprüchen genügen. Auch der Export der Maschinenindustrie entwickelte sich aus analogen Gründen unbefriedigend. In verschiedenen Branchen scheint sich auch die Schwerfälligkeit der Organisation des Außenhandels ungünstig ausgewirkt zu haben. Darauf deutet die Feststellung in einer amtlichen Veröffentlichung hin, die Exportmöglichkeiten seien in einigen Zweigen nicht voll ausgenützt worden und man habe es insbesondere unterlassen, die Ausfuhr von Waren zu forcieren, deren Erzeugungskosten in der Tschechoslowakei niedriger als auf dem Weltmarkt seien. Auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres scheint man in der Ausfuhr nicht die vorgesehenen Ergebnisse erzielt zu haben.

Da der Einfuhrbedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln steigt, will man, soweit das möglich ist, inländische Ersatzstoffe heranziehen, andererseits auch die jeweils billigsten Einkaufsquellen in den Rohstoffländern ausnützen; das wurde bisher meist durch den Devisenmangel verhindert. In der Hauptsache aber soll das Gleichgewicht durch eine Steigerung der Ausfuhr gesichert werden. Zu diesem Zweck wurde kürzlich ein *Prämien-system* eingeführt, wonach den Betrieben für Exportlieferungen besondere Zuschläge und bei Überschreitung des festgesetzten Ausfuhranteils Devisenprämien zugebilligt werden. Günstige Auswirkungen auf die Entwicklung des Exports erhofft man sich auch von der *Dezentralisierung* der Industrie- und Handelsbetriebe. Es handelt sich hier um eine Art horizontaler Konzentration, durch die Betriebe derselben Branche zu Wirtschaftseinheiten zusammengefaßt werden, die für die Erreichung der ihnen gestellten Produktions-, Absatz- und Ausfuhrziele direkt verantwortlich gemacht werden, dabei aber in der Durchführung der Pläne gegenüber den übergeordneten Ministerien eine selbständigere Stellung erhalten. Man scheint sich hier an das Vorbild Polens und Jugoslawiens zu halten, wo allerdings eine weitergehende Dezentralisierung durchgeführt wurde.

Wie stark der Wandel in der Nachkriegsentwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft auch eine Umstrukturierung der Zusammensetzung des Exports des Landes zur Folge hat, ist daraus zu entnehmen, daß 1937 der Export zu 6,4 vH aus Maschinen bestand, 1957 dagegen bereits zu 41 vH. Diese Tatsache dürfte von weittragender Bedeutung für die Gestaltung der Handelsbeziehungen der Tschechoslowakei bei einer evtl. allgemeinen Belebung des Ost-West-Handels sein. Das heutige tschechoslowakische Sortiment von Exporterzeugnissen dürfte eher einen breiten Absatz bei den unterentwickelten oder sich industrialisierenden Ländern als bei den hochentwickelten Industrieländern finden. Auch der gestiegene Rohstoff- und Nahrungsmittelbedarf der Tschechoslowakei dürfte sich fördernd auf die tschechoslowakisch-überseeischen Handelsbeziehungen auswirken. Vor dem Kriege beruhte der tschechoslowakischwesteuropäische Außenhandel auf den Export der Tschechoslowakei an hochwertigen Konsumgütern (Glas, Porzellan, Textilien, Lederwaren, Spezialmaschinen, Fahrzeuge, Hopfen, Malz, Bier, Zucker) und auf dem tschechoslowakischen Importbedarf an Maschinen, Halbfabrikaten, Metallen u. a. Infolge der Umorientierung der tschechoslowakischen Industrie von der Konsumgüterproduktion auf die Herstellung von Produktionsmitteln dürfte der tschechoslowakische Außenhandel auch in Zukunft mehr nach Osteuropa und nach Übersee ausgerichtet bleiben als vor dem Kriege.

V. Lebensstandard (Löhne und Preise)

Zwischen Produktionskosten und Detailpreise schieben sich nicht nur die Handelsspannen, sondern sehr massive indirekte Konsumsteuern. Je aufgeblähter der Beamtenapparat und je höher der Anteil der Investitionen am gesamten Volkseinkommen, um so höher

müssen diese indirekten Steuern sein, die — was die Finanzierung der Investitionen betrifft — natürlich den Charakter volkswirtschaftlichen Sparens tragen. Von einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 1000,— Kčs flossen 1957 nicht weniger als rund 60 vH an den Staat, davon fast die Hälfte Umsatzsteuern. Diese Rationierung des Konsumgüterangebotes durch den Preis, die nach unseren Begriffen durchaus unsozial ist, erscheint jedoch bei der geringen persönlichen Sparquote unumgänglich, um die für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft notwendigen Investitionen zu finanzieren. Die indirekte Besteuerung ist eine harte Schraube. Auch heute noch, obwohl die Löhne zur Zeit durchschnittlich 63,7 vH höher sind als vor dem Kriege (1937). Die in der stalinistischen Ära auf allzu breiter Front vorwärtsgetriebene Entwicklung der Industrie hat das Problem verschärft und präjudiziert nun auch die modifizierten neuen Pläne.

So wie die Planerfüllung im vergangenen Jahr der tschechoslowakischen Wirtschaft zu wünschen übrigließ, hat sich — tschechoslowakischen Berichten gemäß — auch der Lebensstandard der Bevölkerung im Jahre 1957 nicht nennenswert gebessert, sondern blieb im großen und ganzen unverändert. Seit der tschechoslowakischen Währungsreform von 1953, die zur Proletarisierung der Bevölkerung geführt hat, wurden alljährlich Preissenkungen durchgeführt, die vornehmlich propagandistisch von Bedeutung waren. Im Vorjahr wurde überraschenderweise keine Preissenkung vorgenommen. Die Steigerung des Privatverbrauchs, mit 8,4 vH geplant, soll nur 7,4 vH erreicht haben, obwohl offiziellen Meldungen zufolge die geplante Steigerung des Volkseinkommens um 7 vH mit 7,4 vH übertroffen wurde.

Die chronischen Versorgungsschwierigkeiten hielten im Vorjahr weiterhin an; die Verbraucher wurden besonders mit Fleisch, Kondensmilch, Kakao, Kunstfasertextilien, Kleiderstoffen besserer Qualität, Elektrogeräten und Baumaterialien nur stockend oder überhaupt nicht beliefert. — Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn im „sozialistischen Wirtschaftssektor“ betrug den Statistiken gemäß 1251 Kčs, das entspricht einer Steigerung von 2 vH (1956: 1227 Kčs). Der Brutto-Durchschnittslohn in der Industrie stieg um etwa 1/2 vH auf 1298 Kčs an (1956: 1291), in der Bauwirtschaft um 2 vH auf 1373 Kčs (1956: 1352).

An Renten und Pensionen sollen im Vorjahr neun Milliarden Kčs ausgezahlt worden sein (1956: 7,4 Mrd. Kčs), an Krankenversicherungsgeldern sieben Milliarden Kčs (1956: 5,5 Mrd. Kčs).

Im Jahre 1956 partizipierte der in Privathänden verbliebene Einzelhandel am Gesamtumsatz mit einem Hundertsatz von 0,2, wie tschechoslowakischen statistischen Unterlagen zu entnehmen ist. Während Ende 1948 der private Einzelhandel noch 68,7 vH des Gesamtumsatzes bestritt, schnellte der staatliche und der sich gleichfalls in staatlichen Händen befindende „genossenschaftliche“ Einzelhandel von 31,3 im Jahre 1948 auf 79,9 zum nächstfolgenden Jahresende hinauf. Für 1956 betrug das Verhältnis 99,8 vH zu 0,2 vH (Privateinzelhandel). Am Gesamtumsatz des Einzelhandels von 84,8 Milliarden Kčs für 1956 war der Privatsektor also mit rund 170 Millionen Kčs beteiligt. Bei den Privatgeschäften handelt es sich um einige wenige kleine Läden, deren Besitzer — durchweg alte Leute — diese bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Wirtschaftsleben weiterführen dürfen. Diese Kleinläden werden vom staatlichen Großhandel nur beschränkt beliefert und sind in jeder Hinsicht unrentabel. Es kommt deshalb nicht selten vor, daß die Ladenbesitzer versuchen, ihre Kleinläden vom Staat übernehmen zu lassen, der jedoch an einem Weiterführen nicht interessiert ist. Diese Situation änderte sich auch nicht während der Jahre 1957 und 1958.

Wie nachstehende tschechoslowakischen Wirtschaftsstatistiken entnommene Tabelle zeigt, ist der durchschnittliche Bruttolohn in den *staatlichen* Handels-, Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in den letzten Jahren gestiegen³).

3) Quelle: Statistické Zprávy, No. 8, 1958. 740

DIE TSCHECHOSLOWAKISCHE WIRTSCHAFT

	Anzahl der Angestellten	Jahreslohnfonds (Mill. Kcs.)	Durchschnittl. Monatslohn
1948	2 527 000	24 847	819,—
1953	4 046 000	53 163	1 095,—
1954	4 196 000	58 849	1 169,—
1955	4 284 000	60 733	1 181,—
1956	4 404 000	64 836	1 227,—
1957	4 532 000	68 047	1 251,—
1958 (Juli)	4 573 000	17 460 (bis Ende Juni)	1 272,—

Der Anstieg der Angestelltenzahl ist vornehmlich dem steigenden Anteil der weiblichen Angestellten zuzuschreiben, die durch wirtschaftliche Not gezwungen werden, am Arbeitsprozeß teilzunehmen. In der Aufstellung sind die Gehälter der Angestellten in der staatlichen Verwaltung und der Kolchosbauern nicht inbegriffen; auch die in den Industriebetrieben ausgezahlten Prämien sind nicht berücksichtigt worden. Da der Durchschnittslohn der beiden letztgenannten Angestelltengruppen tiefer liegt als jener der Beschäftigten in Industrie, Verkehr und Handel, ist der tschechoslowakische Durchschnittslohn mit den Angaben der Tabelle nicht identisch.

VI. Das tschechoslowakische Volkseinkommen

Zum ersten Male seit der Machtübernahme durch die Kommunisten in Prag ist durch tschechoslowakische Quellen der Schleier über dem Volkseinkommen der Tschechoslowakei gelüftet worden. Den Nachrichten zufolge betrug das Volkseinkommen beim Abschluß des ersten tschechoslowakischen Fünfjahresplans Ende 1953, nach jahrelanger Forcierung der Rüstungsindustrie und der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, 130,5 Milliarden tschechoslowakische Kronen. In den beiden folgenden Jahren stieg das Volkseinkommen um 13 vH und erreichte zum Jahresende 1955 den Kronenbetrag von 147,5 Milliarden. Eine weitere Steigerung von etwa 6 vH erfuhr das Volkseinkommen im Jahre 1956 auf 156,4 Milliarden Kčs und von 7 vH im Jahre 1957 auf 167 Milliarden Kčs.

Soweit die Zahlen, die jedoch mit äußerster Vorsicht behandelt werden müssen, da ihre Genauigkeit bei weitem nicht erwiesen scheint. Im Zusammenhang mit dem Volkseinkommen vom Jahre 1953 muß angeführt werden, daß zum 1. Juni 1953, wie erinnerlich, in der Tschechoslowakei eine progressiv gestaffelte Währungsreform durchgeführt wurde, die eine Umrechnung der Kronenwerte recht schwierig gestaltete. Es gibt jedoch noch weitere Fragen, die bei einer Prüfung der Stichhaltigkeit der Angaben auftauchen und in Betracht gezogen werden müssen. In dieser Hinsicht spielt vor allem eine nicht unwichtige Rolle, daß das Volkseinkommen in laufenden Preisen berechnet wird. Obwohl im kommunistischen Wirtschaftsvokabular der Begriff „Inflationsdruck“ nicht geführt werden darf, sprechen die tschechoslowakischen Wirtschaftszahlen und die der übrigen europäischen Ostblockstaaten eine andere Sprache. Schließlich verhehlen selbst die Kommunisten in ihren Wirtschaftsanalysen und auch gelegentlich des letzten Parteikongresses in Prag diese Tatsache nicht, auch wenn der herrschende Sprachgebrauch andere Wortwendungen notwendig macht. Es sind gerade die propagandistisch aufgebauchten „Preissenkungen“, bei denen die Kosteninflation — denn um eine solche handelt es sich in der von Bürokratie überwucherten Wirtschaft — ausgewogen wird: Kurz nach der angekündigten Preissenkung bei gewissen Überschußartikeln wird der chronisch ungesättigte Markt mit neuen Warensortimenten beliefert, deren Preise jene der vorher gelieferten Warensorten bei weitem übertreffen. Durch diese tatsächliche Preiserhöhung von einer Anzahl lebenswichtiger Güter mit Investitionscharakter (Lebensmittel sind von diesen Operationen meistens ausgeschlossen) kann der Inflationsdruck ausgeglichen werden. Dasselbe Ziel verfolgt auch der teilweise Abbau von sehr beanspruchten unbe-

zahlten Dienstleistungen gemeinnützigen und sozialen Charakters. Stellt man die Tatsache des in der Tschechoslowakei herrschenden Inflationsdrucks in Rechnung, so würde die jährliche Zuwachsrates des Volkseinkommens, die in den angeführten Berichtsjahren zwischen 6 und 7 vH schwankt, bei einer Umrechnung der Bilanz auf Festpreise mindestens um die Hälfte geringer sein.

Ein weiterer Grund für Zweifel an der Genauigkeit der Höhe des tschechoslowakischen Volkseinkommens liegt in den statistischen Unterlagen, auf Grund derer die planwirtschaftlichen Gesamtbilanzen entstehen. Die statistischen Belege werden von allen Betrieben bearbeitet und danach vom staatlichen statistischen Dienst *ohne Kontrolle* global berechnet. Die Angaben der Betriebe sind jedoch oft sehr ungenau; das hat seinen Grund einerseits darin, daß die mit der Arbeit überladenen Planer und Statistiker der Unmasse der von ihnen zu bearbeitenden Unterlagen nicht die notwendige Sorgfalt widmen können, andererseits im Umstand, daß die Betriebe nicht selten aus verschiedensten Gründen (vor allem in Anbetracht des zu erfüllenden Plansolls, der Prämienverteilung usw.) die Statistiken mit Absicht „frisieren“.

Schließlich muß darauf verwiesen werden, daß das tschechoslowakische Volkseinkommen nicht mit ähnlichen Bilanzen der Länder der freien Welt verglichen werden kann. Das Volkseinkommen der Staaten hinter dem Eisernen Vorhang wird nämlich nach leninistischen theoretischen Wirtschaftsgrundsätzen berechnet, wobei zum Unterschied von der Errechnungsweise in der freien Welt nur jene Sektoren der Volkswirtschaft berücksichtigt werden, die vom Standpunkt kommunistischer Wirtschaftsforschung als „produktiv“ gelten. In Wirklichkeit berichten also die Angaben über das tschechoslowakische Volkseinkommen nur über einen — wenn auch zweifellos überwiegenden — Teil der wirtschaftlichen Ergebnisse des Landes.

VII. Die tschechoslowakische Beschäftigtenstatistik

Die Überwucherung der tschechoslowakischen Wirtschaft durch den unproduktiven Verwaltungsapparat wird durch tschechoslowakische Angaben bewiesen, die über den Beschäftigungsstand seit 1948 Auskunft geben.

Beschäftigtenzahl (im Jahresdurchschnitt)

(in 1000)	1948	1950	1952	1954	1955	1956
insgesamt	5638	5643	5680	5926	6037	6126
davon in Industrie	1686	1693	1829	1925	1968	2013
in Land- und Forstwirtschaft.....	2337	2166	1967	2018	2058	2027
in Verwaltung und Kultur (ohne Militär und Sicherheitswesen)	605	643	682	745	760	791

Während in den zehn Jahren kommunistischer Herrschaft die Gesamtzahl der Beschäftigten um 8,6 vH anstieg und die der Beschäftigten in der Industrie um 19,3 vH, wuchs der Verwaltungsapparat um 30,7 vH, d. h. fast um ein Drittel. Der Stand der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft nahm bis 1952 rapid ab. Diese Tendenz ist vornehmlich als Zeichen der durch Zwangskollektivierung verstärkten Landflucht zu werten. Auf administrativem Wege, insbesondere durch die emsig forcierte Besiedlung der Randgebiete mit Jugendbrigaden und Arbeitern aus dem Inneren des Landes, gelang es den Kommunisten, das Sinken der Beschäftigtenzahl in diesem Sektor aufzuhalten und einen bescheidenen Anstieg der Quote zu erzielen. Trotz alledem war im Jahre 1956 die Beschäftigtenzahl in der Land- und Forstwirtschaft um 13,3 vH geringer als vor der Kollektivierung im Jahre 1948. Im Jahre 1957 hat sich die Situation nicht zu sehr geändert (siehe unter Landwirtschaft). In Anbetracht der besonders im Vorjahr schnell fortgeschrittenen Enteignung der Bauern kann mit einer weiteren sinkenden Tendenz geredinet werden. (Am 1. Februar 1958 waren nur 1 692 000 Personen in der Landwirtschaft tätig.)

Der Anteil der *Frauen* an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug in den letzten fünf Jahren etwa 41 bis 43 vH und wird von Jahr zu Jahr größer. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß der durchschnittliche Nettolohn bei weitem nicht ausreicht, eine Familie am Leben zu erhalten. Dadurch werden auch Frauen mit Kleinkindern gezwungen, an Arbeitsprozessen teilzunehmen.

VIII. Arbeitsverhältnisse

Wenn man Beweise braucht, daß die kommunistischen Staaten Regime der Bedrückung und Ausbeutung sind, genügt es, das kommunistische Eingreifen in die Sozialpolitik während der letzten Jahre ihrer totalen Regierung in der Tschechoslowakei zu betrachten. Nicht in einem einzigen Fall kann man eine Besserung der sozialen Verhältnisse, im Gegenteil aber die dauernde durchgreifende Verschlechterung des Zustandes konstatieren, welcher noch in der ersten Republik, vor dem zweiten Weltkrieg, erreicht wurde.

Die *Arbeitszeit* wird nicht eingehalten, das System der außergewöhnlichen „freiwilligen“ Arbeitsschichten wird zu einer dauernden Institution. Die Sonntagsruhe ist sodann sowieso durch die „Freiwilligen Brigaden“ gestört, zu denen die Arbeiter durch Drohung gezwungen sind, daß ihnen die verschiedensten sozialen Vorteile entzogen werden, über die die Betriebsräte zu entscheiden haben. Auf die gleiche Weise wird die Arbeitszeit durch die sogenannte „Sturmaktion“ verletzt, wenn zu Ende des Zeitabschnittes, in dem der vorgeschriebene Plan erfüllt werden soll, durch Tage und Nächte gearbeitet wird, ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Vorschriften. Außerdem wurde das Gesetz über die Arbeitszeit dadurch verschlechtert, daß die Nachtschicht in den Bäckereien, welche vorher verboten wurde, erneuert ist und außerdem gestattet wurde, daß die *Frauen* in den Nächten in den Bäckereien und in den Zuckerfabriken arbeiten, was ebenfalls während der ersten Republik verboten war.

Durch die kommunistische Verfassung vom 9. Mai 1948 haben die Staatsbürger das formale „Recht“ auf Arbeit. Den Kommunisten handelt es sich aber eher um die *Arbeitspflicht*, welche sie aus dem erwähnten Recht ableiten. Wenn sie auch vorläufig dieses Recht nicht *voll* ausnutzen, und zwar aus dem Grunde, weil dies die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft *zu sehr* erhöhte, so zielt doch die Politik der Kommunisten zweifelsohne auf eine strikte Geltendmachung des Grundsatzes der Arbeitspflicht. Wir sehen die Anzeichen dafür in der Konzentration der „Fürsorge“ um den werktätigen Nachwuchs — die Vorbereitung des Eingriffes zur Wahl des Berufes der Jugend, nach den Arbeitsaussichten, welche dem wirtschaftlichen Plan angepaßt sind. Ferner in den Vorbereitungen zu der Pflichtpraxis des Nachwuchses (ein halbes Jahr in der Erzeugung) und auch in den wachsenden Repressalien bei der Fluktuation der Angestellten.

Die *Fluktuation* ist so stark wie nie vorher, was den besten Beweis liefert, welche Verhältnisse in den Fabriken herrschen. Alle Redner gelegentlich des letzten kommunistischen Parteikongresses hatten angeführt, daß in den letzten Jahren mehrere Millionen Werktätige die Beschäftigung wechselten. Für einen versäumten Tag (Schicht) werden zwei Tage des Urlaubs abgezogen, ferner ist der Weihnachtzuschlag gekürzt worden. In den Betrieben wird eine strenge Kontrolle über alle Arbeiter, die sich krank melden, eingeführt. Nun wird sogar, auf Beschluß des XI. Kongresses der Kommunistischen Partei, in den Betrieben eine besondere Kommission der Nationalversicherung gebildet, welche über die Bestrafung derjenigen entscheidet, welche nach der Ansicht der Kommunisten die Nationalversicherung mißbrauchen und durch die häufige Absenz in der Arbeit angeblich die Angestellten „schädigen“.

Demnach kann man sagen, daß die Gesundheit und das Leben der Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei, wie auch in den anderen Sowjetsatellitenstaaten im Osten, ohne irgendeinen wirklichen Schutz ist. Die Jagd nach der Erfüllung des Wirtschaftsplanes schließt jede Rücksicht in dieser Richtung aus. Auf gleiche Weise bildet die Einführung

der Lager für die Zwangsarbeit — für sogenannte „Feinde des Regimes“ und die „Saboteure“ — den Beweis der Anpassung an die sowjetischen Verhältnisse.

Gegenwärtig ist man in der Tschechoslowakei damit beschäftigt, den zweiten Fünfjahresplan 1956—1960 zu erfüllen, nachdem der erste 1949—1953 nicht erfüllt wurde. Obgleich das in diesem neuen Plan gesteckte Ziel — für jeden Industriezweig wurden mengenmäßige Quoten festgesetzt — nicht allzu hoch ist, begegnet man bei seiner Durchführung den verschiedensten Schwierigkeiten. So fehlt es an zahlreichen Rohstoffen. Die Sowjetunion drängt, die tschechische Schwerindustrie solle mehr liefern; aber nicht alle Rohstoffe sind aus der Sowjetunion zu erwarten. Die wichtigsten müssen aus den Ländern des Dollar- und Pfundblocks eingeführt werden. Die Prager Staatsbank hat aber die Devisen nur äußerst spärlich zur Verfügung, wodurch die Rohstoffzufuhr aus dem Westen beinahe gedrosselt wird. So muß jemand dafür schuldig erklärt werden, also droht man der Arbeiterschaft.

Die heutige Tschechoslowakei ist weit davon entfernt, ein normales und geordnetes Wirtschaftsleben zu führen, da ja alles, was dort geschieht, vorher in Moskau und für Moskau entschieden sein muß.

IX. Zaghafte Taktik des XL Parteitag

Der Kongreß bestätigte erneut die intransigente Haltung der tschechoslowakischen Kommunisten gegenüber allen Forderungen nach echten Reformen in Partei, Staat und Wirtschaft. Immerhin scheinen sich aus dem neuen Sieg Chruschtschows in Moskau für die stalinistische Prager Parteiführung einige Schwierigkeiten ergeben zu haben. Darin dürfte der Grund liegen, weshalb die beiden Referate von Parteisekretär Novotný und Ministerpräsident Siroky — im Gegensatz zu den üblichen Gepflogenheiten — sich hauptsächlich auf die wirtschaftliche Zukunft der Tschechoslowakei beschränkt haben. Novotný behauptete, daß der „Aufbau des Sozialismus“ in der Tschechoslowakei sich nunmehr dem Stadium der Vollendung nähere. Die nächsten Ziele der Kommunisten seien die volle Kollektivierung der Landwirtschaft, die endgültige Ausschaltung der „Reste der Ausbeuterklassen“ in den Städten, die Beseitigung aller „Antagonismen“ in der bestehenden Gesellschaftsstruktur, die weitere Steigerung der Industrie- und Landwirtschaftsproduktion, die Vertiefung der „sozialistischen Demokratie“ und schließlich die „Vollendung der kulturellen Revolution“ im Geiste des Leninismus. Die Schlußresolution brachte im wesentlichen nichts anderes als eine Zusammenfassung des bereits Gesagten.

Alles in allem muß der diesjährige XI. Kongreß der tschechoslowakischen Kommunisten als einer der sterilsten kommunistischen Parteikongresse bezeichnet werden, die in den letzten Jahren abgehalten wurden. Es ist bezeichnend, daß der Präsident der tschechoslowakischen „Gewerkschaften“, *František Zupka*, in seinem Diskussionsbeitrag das Projekt eines neuen Gewerkschaftsgesetzes, das er noch auf der letzten Plenarsitzung des Zentralkomitees in Aussicht stellte, völlig mit Schweigen überging. Er wiederholte lediglich die üblichen Phrasen über die Rolle der „Gewerkschaften“ in der Produktion und ihre Aufgaben bei der Steigerung der Produktivität. Die Ausführungen Zupkas können sogar als eine Absage an den früher oft vorgebrachten Gedanken aufgefaßt werden, wonach die Gewerkschaften eine selbständige Rolle spielen und sogar gewisse Aufgaben der wirtschaftlichen Leitung der Betriebe übernehmen sollten.

Es muß allerdings gesagt werden, daß es nicht nur die mißlichen Wirtschaftszustände sind, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zu gewissen Änderungen in Wirtschaft und Planung anregen, sondern auch der politische Druck, der seit 1956, dem Jahre des XX. Parteitages in Moskau, auf den Machthabern lastet. Der Einfluß *Jugoslawiens* und *Polens* auf das tschechoslowakische Wirtschaftsleben hat im vergangenen Jahr und auch heute trotz politischer Restalinisierungsbestrebungen im Ostblock wei-

ter zugenommen. Die beiden Länder mit ihrer teilweisen Betriebs- und Produktionsautonomie bekamen durch die Dezentralisierungsmaßnahmen in Sowjetrußland unerwartete Schützenhilfe. Von wirtschaftlichen Gründen, die zu Reformen drängen, muß besonders die Aufblähung aller wirtschaftlichen Zentralstellen hervorgehoben werden, die den tschechoslowakischen Reformern Sorgen macht. Man glaubt, das Risiko der Unrentabilität in der gesamten Wirtschaft, das durch den Überhang an Bürokratie wächst, nicht länger tragen zu können.

Da jedoch aus politischen Gründen an einen radikalen Abbau der Administrative, wie notwendig dieser auch sein mag, nicht gedacht werden kann, verspricht man sich den größten Wirtschaftseffekt von einer Dezentralisierung im Planwesen, das die größten Wirtschaftsfehler bisher verursacht haben soll. Tatsache ist, daß die vom zentralen Planungsamt diktierten Wirtschaftspläne meist unwirklich gestaltet sind und nicht selten im Laufe eines Jahres wiederholt korrigiert werden müssen. In Kongreßsälen und Konferenzsälen ausgearbeitet, tragen sie den Produktionsmöglichkeiten in den Betrieben selten Rechnung, was sich auf die Ausnützung vorhandener Produktionskapazitäten, auf die Wirtschaft mit Rohstoffen und Halbprodukten und nicht zuletzt auf die Reichhaltigkeit und Güte des produzierten Warensortiments, jene Achillesferse der industriellen Erzeugung in allen kommunistischen Ländern, negativ auswirkt. Oft laufen die Plandirektiven der Unmasse an Lohn- und Prämierungsvorschriften zuwider und werden aus diesem Grunde nicht voll respektiert.

Sollte eine solche Planmaßnahme dennoch durchgesetzt werden, so erregt sie den Unwillen der Belegschaften, der leicht politisch ausarten könnte. An Versuchen, die Interessen der Arbeiter mit den Plandirektiven in Einklang zu bringen, hat es nicht gefehlt; sie zeitigen jedoch, wie die tschechoslowakische Wirtschaftspresse klagt, recht wenig Ergebnisse. Schließlich muß noch darauf verwiesen werden, daß alle Produktions- und Finanzpläne miteinander gekoppelt sind, so daß beim geringsten Ausfall in einem Sektor die gesamte Planerfüllung bedroht ist.

Trotz dieser hier angedeuteten Sachlage wird die wirtschaftliche Dezentralisierung in Prag recht zaghaft angefaßt, ja sie wird nicht selten als politisch untragbar verschrien. Manche kommunistischen Wirtschaftsführer erblicken eine besondere Gefahr darin, daß durch die Dezentralisierung den Betrieben und dadurch den Belegschaften größere Befugnisse erteilt werden, womit die Errichtung von Arbeiterräten präjudiziert werden könnte, die von den tschechoslowakischen Kommunisten als „wirtschaftspolitische Rechtsabweichung“ schärfstens abgelehnt wird. Indem einer großen Anzahl schwer kontrollierbarer Wirtschaftseinheiten eine gewisse Bewegungsfreiheit eingeräumt werden müßte, auch wenn diese bei weitem nicht den Charakter einer die Produktion betreffenden Betriebsautonomie hätte, würden der zentralen Wirtschaftskontrolle gewisse Grenzen gesetzt. Auch dies stimmt die Funktionäre im Zentralkomitee gegen größere Reformmaßnahmen. So scheint man in Prag eigentlich nicht richtig zu wissen, wie weit man zu gehen hat, um einerseits die Administrative zu vereinfachen und die Wirtschaftsplanung den konkreten Verhältnissen in der Produktion anzupassen, andererseits jedoch die politischen Dogmen und Machtverhältnisse keiner Gefahr auszusetzen. Im großen Für und Wider linientreuer Wirtschaftsexperten und Ideologen zeigt sich immer mehr die Tendenz, auf der Grundlage von Halbheiten zu experimentieren und dem Gegensatz zwischen Politik und Wirtschaft auf diese Art auszuweichen. Diese Linie beherrschte auch den XL Kongreß der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.